

Gefolgschaft oder Widerstand

Auch in diesem Jahr wird die Bundeswehr im Anschluss an die Ehrung der „Männer des 20. Juli“ ein Gelöbnis in unmittelbarer Nähe zum Bendlerblock durchführen, um auf diese Weise ihre geistige Verwandtschaft zu den Verschwörern des 20. Juli zu demonstrieren.

Am 20. Juli 1944 wurde durch deutsche Militärs ein Attentat auf Hitler verübt. Es scheiterte. Im Anschluss daran wurden die Attentäter und weitere Personen, die einen Putsch geplant hatten, verhaftet und größtenteils hingerichtet. Ausschließlich sie sind gemeint, wenn heute vom „nationalen Widerstand“ oder vom „deutschen Widerstand“ die Rede ist. Ein wesentlicher Teil dieser Männer waren Wehrmachtsoffiziere, denen es nicht zuletzt darum ging, die 1944 bereits unvermeidlich scheinende bedingungslose Kapitulation abzuwenden. Bis zu diesem Zeitpunkt haben auch namhafte Mitglieder der militärischen Opposition in großer Nähe zur politischen Macht im NS-Staat den Vernichtungskrieg der Wehrmacht aktiv mitgetragen. So hat Generaloberst Erich Hoepner, der ab 1938 zur innermilitärischen Opposition gegen den NS-Staat gerechnet wird und im Zusammenhang mit dem 20. Juli hingerichtet wurde, den Krieg gegen die Sowjetunion 1941 als „Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung“ und als „Abwehr des jüdischen Bolschewismus“ bezeichnet. Der Krieg müsse „zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes“ führen. Konkret bedeutete dies zum Beispiel, dass auch die Hoepner als Befehlshaber unterstellte Panzergruppe 4 der Heeresgruppe Nord den so genannten Kommissarbefehl durchgeführt hat. Die Panzergruppe 4 übte aktiv Terror gegen die Zivilbevölkerung: Historisch belegt ist unter anderem die Verbrennung der Ortschaft Straschewo und die Erschießung der EinwohnerInnen dieses Dorfs, aber auch, dass Hoepner in einer Geheimen Kommandosache den Vorschlag unterbreitete, Giftgas zur „Bandenbekämpfung“ einzusetzen.

Weder lehnten die am Putschversuch beteiligten Militärs die deutsche Expansionspolitik grundsätzlich ab, noch waren die zivilen Mitglieder des „nationalen Widerstands“ grundsätzlich Anhänger der Demokratie. Viele waren Nationalkonservative oder Monarchisten; viele identifizierten sich nicht nur kurzzeitig mit der nationalsozialistischen und rassistischen Ideologie. Carl Goerdeler, der nach einem gelungenen Staatsstreich Reichskanzler hätte werden sollen, verfaßte noch 1941 eine antisemitische Denkschrift, in der er eine „gesetzliche Sonderregelung zur Judenfrage“ ausarbeitete. Jüdinnen und Juden sollten nach seinen Vorstellungen mehrheitlich die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren und in einem anderen Land „angesiedelt“ werden. Es ist keine Äußerung

Goerdelers nachgewiesen, mit der er sich nachträglich davon distanziert hätte.

Dieser „nationale Widerstand“ wird von Bundesregierung und Bundeswehr heute als einzig identitätsstiftend angesehen, anders als der antifaschistische, der pazifistische und antimilitaristische Widerstand. Dessen Angehörige verfügten allerdings auch nicht über einen Zugang zum Führerbunker und damit nicht über die Möglichkeit eines Aufsehens erregenden Scheiterns. Diese Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und politischer oder ethischer Motivation, die zwischen 1933 und 1945 Ungehorsam gegen den NS-Staat und gegen den Vernichtungskrieg der Wehrmacht leisteten, werden in der Rede vom „nationalen Widerstand“ ignoriert. Wir denken hier ganz besonders an die mehreren zehntausend Wehrmachtsdeserteure. Gegen 46.000 von ihnen wurden Todesurteile verhängt, von denen mehr als 20.000 vollstreckt wurden. Obwohl 1998 – 53 Jahre nach Kriegsende! - ein Gesetz zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile verabschiedet wurde, sind die Deserteure und Kriegsdienstverweigerer weder pauschal rehabilitiert noch entschädigt worden. Nach wie vor müssen die überlebenden Deserteure sich einer entwürdigenden Einzelfallprüfung unterziehen, um rehabilitiert zu werden.

Beriefe sich die Bundeswehr sich auf das ideelle Erbe von Menschen, die sich dem Krieg verweigert haben, würde sie damit auch ihre eigene Existenzberechtigung in Frage stellen, wurde sie doch in ihrer Gründung maßgeblich von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen bestimmt. Bundesregierung und Bundeswehr beziehen sich darum so ausdrücklich auf die gescheiterten Verschwörer, um im Rückgriff auf die Idee eines „besseren Deutschland“ diejenige einer „besseren Wehrmacht“ zu propagieren. Aber diese hat es nie gegeben. Gegeben hat es die individuelle Entscheidung von mehreren zehntausend Menschen, zu desertieren, um nicht mitschuldig an den Verbrechen zu werden. Sie hatten den Mut, die Truppe zu verlassen, im Bewusstsein der möglichen Konsequenzen ihres Handelns.

Die Bundeswehr würdigt den militärischen Widerstand auf ihre Weise: mit einem Rekrutengelöbnis, in dem der Einzelne seine Individualität zugunsten des militärischen Gehorsams aufgibt und sich bereit erklärt, auf Befehl zu töten und getötet zu werden.

Wir ehren Deserteure und Kriegsdienstverweigerer. Durch ihre individuelle Entscheidung, Gefolgschaft und Gehorsam zu verweigern, stellen sie sich der Kriegsmaschinerie grundsätzlich entgegen.

Jeder Krieg ist ein Verbrechen!

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Kopenhagener Str. 71 • 10437 Berlin • Tel. 0 30 / 4 40 13 00 • www.kampagne.de/geloebnix2000/